

Dienstag (Vormittag), 21. November 2017

Erziehungsdirektion

22 2017.RRGR.174 Postulat 058-2017 FDP (Vogt, Oberdiessbach) Schüler sind junge Menschen - Keine Überschulung

Vorstoss-Nr.: 058-2017
Vorstossart: Postulat
Eingereicht am: 20.03.2017
Eingereicht von: FDP (Vogt, Oberdiessbach) (Sprecher/in)
FDP (Schmidhauser, Interlaken)
Weitere Unterschriften: 9
Dringlichkeit gewährt: Nein 23.03.2017
RRB-Nr.: 933/2017 vom 06. September 2017
Direktion: Erziehungsdirektion

Der Regierungsrat wird beauftragt zu prüfen, dass

1. in der Lektionentafel eine maximale obligatorische Zahl der Lektionen pro Stufe festgelegt werden kann. Diese sollen im Grundsatz wie folgt aussehen:
 1. Zyklus: (KG bis 2. Klasse): 22 Lektionen, (3.–4. Klasse): 26 Lektionen
 2. Zyklus (5.–6.Klasse): 30 Lektionen
 3. Zyklus: (7.–9.Klasse) 32 Lektionen
2. Nur in begründeten Fällen ist von dieser Maximalzahl abzuweichen.

Begründung:

Die neue Lektionentafel des Kantons sieht eine deutliche Aufstockung der Lektionen vor. Dies widerspricht der Situation der Schüler, insbesondere auf der Sekundarstufe 1 (7.–9.Klasse), in der die Schüler bereits in Richtung Berufswahl gehen und auch ausserschulischen Interessen nachgehen sollen. Die hohe Lektionenzahl ist zudem ein grosser Kostenfaktor.

Es gibt zudem Studien, die klar festhalten, dass zusätzliche Lektionen einzig in den mathematischen Fächern entsprechenden Gewinn bringen.

Begründung der Dringlichkeit: Der Vorstoss steht als direkte Lösungsvariante zu den Spar-/Entlastungspaketen, die in der Novembersession beraten werden.

Antwort des Regierungsrats

Einleitung:

Der Lehrplan 21 bringt, wie von der Schweizerischen Stimmbevölkerung am 21. Mai 2006 mit 85,6 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen, eine Vereinheitlichung der Ziele der Volksschule in der deutschen Schweiz. Der Lehrplan und die Lektionentafel werden von den einzelnen Kantonen in Kraft gesetzt. Im Kanton Bern erfolgt dies gestaffelt ab dem 1. August 2018. Sowohl der Lehrplan wie auch die Lektionentafel wurden im Kanton Bern breit diskutiert. Die neue Lektionentafel ermöglicht den vielfach geforderten Ausbau in Deutsch, Mathematik sowie Medien und Informatik.

Zu Ziffer 1 und 2 des Postulates:

Der Regierungsrat ist davon überzeugt, dass die Berner Schülerinnen und Schüler die im Lehrplan 21 formulierten Kompetenzen mit der neuen Lektionentafel (siehe Tabelle weiter unten) erreichen können. Die neue Lektionentafel des Kantons Bern bewegt sich im Schnitt der anderen Kantone. Somit ist sichergestellt, dass den Schülerinnen und Schülern für die Ausbildung ähnlich viel Zeit zur Verfügung steht wie den Schülerinnen und Schülern in anderen Kantonen.

Die Lektionentafel basiert somit auf interkantonalen Vergleichszahlen. Innerhalb des Kantons Bern wurden wie erwähnt zahlreiche Hearings mit sehr vielen Lehrerinnen und Lehrern durchgeführt. Auch die Verbände aus dem Bildungsbereich und der Wirtschaft wurden miteinbezogen, ebenso die Bildungskommission des Grossen Rates. Ziel dieser Anhörungen war es, die Haltungen und Anlie-

gen der betroffenen Personen, der Interessenverbände und der Politik auch zur Lektionentafel zu erfahren. Die Lektionentafel ist somit sorgfältig geprüft worden.

Anschliessend wurden die entsprechenden Kosten in Voranschlag 2017 und Aufgaben-/Finanzplan 2018–2020 dem Grossen Rat vorgelegt. Der Grosse Rat setzte damit die finanziellen Rahmenbedingungen.

Lektionentafel (gültig für 39 Schulwochen)	1. Zyklus				2. Zyklus				3. Zyklus		
	KG	KG	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
Total Lektionen obligatorischer Unterricht	22-25	22-25	25	25	28	28	31	31	35	35	35

In den Allgemeinen Hinweisen und Bestimmungen (AHB) zum Lehrplan 21 sind zudem verschiedene Hinweise und Regelungen zu finden, damit es nicht zu einer Überforderung der Schülerinnen und Schüler kommt. Sowohl im heute gültigen Lehrplan 95 wie auch im Lehrplan 21 sind maximale tägliche Unterrichtszeiten für Kindergarten, Primarstufe und die Sekundarstufe I festgelegt. Die wöchentliche Unterrichtszeit ist nach Möglichkeit so anzusetzen, dass die Schülerinnen und Schüler an mindestens einem der fünf Unterrichtstage einen schulfreien Nachmittag haben.

In den AHB werden auch Vorgaben definiert, die die zeitliche Belastung durch Hausaufgaben im Vergleich zu heute reduzieren. Damit sollen die Schülerinnen und Schüler neben der Schule genügend Zeit finden, sich zu erholen und einer Freizeitbeschäftigung nachzugehen (z. B. Spiel, Sport, Musik).

Aus diesen Gründen lehnt der Regierungsrat die Forderungen des Postulates ab.

Der Regierungsrat beantragt:

Ablehnung

Präsidentin. Wir kommen zu Traktandum 22. Es handelt sich um ein Postulat der FDP-Fraktion. Die Regierung beantragt die Ablehnung. Wir führen eine freie Debatte. Der Autor des Vorstosses hat das Wort.

Hans Rudolf Vogt, Oberdiessbach (FDP). Dieser Vorstoss entstand im Rahmen einer Klausur, bei der wir mit Fachleuten aus dem Bildungsbereich über mögliche Sparmassnahmen diskutiert haben. Eigentlich wollten wir der ERZ damit aufzeigen, wo man aus Sicht der FDP bei Sparmassnahmen den Hebel ansetzen kann. Um das Entlastungspaket 2018 beeinflussen zu können, ist es allerdings zu spät. Deshalb verstehen wir auch nicht, warum dieser Vorstoss nicht als dringlich eingestuft wurde. Wie auch immer: Sparpakete wird es auch in Zukunft geben. Dann wäre der Zeitpunkt da, um dieses Postulat umzusetzen. Wenn man weiss, dass die Einsparung einer einzigen Lektion Einsparungen in Millionenhöhe bedeutet, kann man jetzt ein Zeichen setzen und der Regierung den Auftrag geben, zu prüfen, ob bei zukünftigen Sparmassnahmen eine Reduktion oder zumindest ein Verzicht auf einen Ausbau der Lektionenzahl ein möglicher Lösungsansatz wäre. Übrigens gibt es Studien, die klar festhalten, dass zusätzliche Lektionen nur in den mathematischen Fächern für die Schülerinnen und Schüler einen entsprechenden Vorteil bringen. Eine Erhöhung der Lektionenzahl widerspricht auch der Situation der Schülerinnen und Schüler, speziell auf der Sekundarstufe I, wo die Berufswahl bereits ein Thema ist, und wo es möglich sein sollte, ausserschulischen Interessen nachzugehen. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, dieses Postulat als Prüfauftrag an die Regierung zu unterstützen.

Jan Gnägi, Jens (BDP). Der Vorstoss der FDP stösst in der BDP auf wenig Verständnis und findet erst recht nicht die Zustimmung der Mehrheit. Es scheint uns, dass langsam genug über dieses Thema gesprochen worden sei. Aus unserer Sicht stellt dieses Anliegen ein Rückkommen auf den Lehrplan 21 dar. Der Regierungsrat sagt es in seiner Antwort richtig: Im Jahr 2006 haben 85 Prozent der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in einer Volksabstimmung zu einer Zielvereinheitlichung in den Deutschschweizer Volksschulen Ja gesagt. Der Lehrplan 21, der aus dieser Vereinheitlichung resultierte, ermöglicht endlich einen Ausbau in den Fächern Deutsch, Mathematik sowie Medien und Informatik. Das entspricht schliesslich einer Forderung, die man von Seiten der Wirtschaft und des Gewerbes immer wieder hört. Deren Anliegen sind sicher auch der FDP be-

kannt. Die Lektionentafel wurde mehrmals durchgeackert. Nun wollen wir endlich in diese Richtung gehen und nächstes Jahr den Lehrplan 21 einführen, inklusive der Lektionentafel. Ich freue mich, wenn auch die FDP auf dieser Linie bleibt.

Madeleine Graf-Rudolf, Belp (Grüne). «Schüler sind junge Menschen – keine Überschulung». Die Motionäre verlangen, dass die wöchentlichen Lektionenzahlen im Rahmen der vorgesehenen Einführung des Lehrplans 21 nicht erhöht werden. Ich kann dies auf keine Art und Weise unterstützen. Endlich setzen wir das HarmoS-Konkordat um. Dies fördert die Chancengleichheit zwischen den Kantonen und geht in Richtung einer Angleichung der Bildungsinhalte innerhalb der Deutschschweiz. Daran orientierte sich die Entwicklung der Lektionentafel. Diese wurde sorgfältig geprüft. Lehrerinnen und Lehrer sowie Verbände aus den Bereichen Bildung und Wirtschaft wurden miteinbezogen, ebenso wie die Bildungskommission des Grossen Rats. In den Allgemeinen Hinweisen und Bestimmungen (AHB) zum Lehrplan 21 findet man die Regelungen, die verhindern, dass es zu einer Überforderung der Schülerinnen und Schüler kommt. Die Schule ist oft eine der wenigen kindergerechten Orte. Zudem werden die Hausaufgaben massiv reduziert. Somit nimmt die Belastung ausserhalb der Schulzeit ab. Die Schülerinnen und Schüler haben dadurch Zeit, sich zu erholen und einer Freizeitbeschäftigung nachzugehen.

Annegret Hebeisen-Christen, Münchenbuchsee (SVP). Die Postulanten ersuchen den Regierungsrat, die Anzahl Lektionen in allen drei Zyklen zu reduzieren. Die neue Lektionentafel des Kantons Bern wird sich der durchschnittlichen Lektionenzahl der anderen Kantone annähern. Von Seiten der Wirtschaft, der KMU und der Branchenverbände werden seit Jahren mehr Lektionen in Mathematik und Deutsch gefordert. Mit der neuen Lektionentafel trägt man diesem Wunsch Rechnung. Mit dem neuen Fach «Medien und Informatik» kommen im zweiten und dritten Zyklus weitere gewünschte Lektionen hinzu. Die Reduktion der Lektionenzahl würde wohl kaum die Fächer Mathematik und Deutsch betreffen, bei denen ja ein Ausbau gefordert wurde. Ebenso wenig würde sie die Fremdsprachenfächer betreffen. Also wären wohl eher die Fächer Musik, Sport oder Gestalten von einer Reduktion betroffen. Dies würde die Kopflastigkeit der Schule verstärken und dem Pestalozzi-Prinzip der ganzheitlichen Bildung nach dem Prinzip «Lernen mit Kopf, Hand und Herz» zuwiderlaufen. Im Bündner Schulblatt hiess dies «Lernen mit Grips, Power und Feeling». Dieses Konzept der ganzheitlichen Bildung wird von zahlreichen Schulen und Lehrpersonen sehr hochgehalten. Mit der Massnahme 48.3.1 des Entlastungspakets 2018 werden bereits wieder zwei Lektionen abteilungsweiser Unterricht gestrichen, die als Aufstockung im achten und neunten Schuljahr vorgesehen waren. Deshalb ist die Differenz zwischen der aktuellen und der künftigen Anzahl Lektionen sowie der von den Postulanten gewünschten Anzahl Lektionen aus unserer Sicht nicht mehr so gross. Die Erhöhung der Lektionenzahl in der neuen Lektionentafel soll zudem zum Teil mit weniger Hausaufgaben kompensiert werden. Hausaufgaben sind gut und wichtig, aber seien wir ehrlich: Mit weniger Hausaufgaben wird auch das Konfliktpotenzial in den Familien gesenkt. Ich lasse dies einmal so im Raum stehen. Die SVP-Fraktion wird das Postulat mehrheitlich bis grossmehrheitlich ablehnen.

Christine Grogg-Meyer, Thunstetten (EVP). Die EVP-Fraktion teilt die Meinung des Regierungsrats und lehnt das Postulat ebenfalls ab. Der Titel klingt auf den ersten Blick eigentlich sympathisch, aber es steckt mehr dahinter. Die Postulanten fordern im Zusammenhang mit dem Sparpaket eine Überprüfung und Anpassung der Lektionentafel, das heisst eine Senkung, die mit dem Lehrplan 21 eingeführt werden soll. Sie begründen dies damit, dass Studien aussagen würden, dass sich Zusatzlektionen nur in Mathematik lohnen würden. Weiter hätten Schülerinnen und Schüler zu wenig Freizeit, um ihren persönlichen Interessen nachzugehen. Wir meinen dazu Folgendes: Mit dem Ausbau der Lektionenzahl bewegen wir uns endlich im schweizerischen Schnitt. Die neue Lektionenzahl wurde von verschiedenen Seiten gefordert. Vor allem die MINT-Fächer sollen gestärkt werden. Dieser Ausbau ist kein Schuss aus der Hüfte, sondern wurde gründlich geprüft und ist breit abgestützt. Wenn man bei den MINT-Lektionen nicht abbauen will, heisst das, dass man dafür anderswo Lektionen einsparen müsste, wie etwa im Fach Natur-Mensch-Gesellschaft (NMG), Gestalten, Sport und so weiter. Das ist für uns ein klares No-Go. Es würde auch die Chancengleichheit der Schülerinnen und Schüler schmälern. Die Postulanten sprechen insbesondere von der Situation im dritten Zyklus. Wer selber Teenager zu Hause hat, weiss sehr wohl, dass nicht alle in diesem Alter die nötige Selbstdisziplin aufbringen, um ihre Hausaufgaben selbständig und fristgerecht zu erledigen. Sie haben manchmal auch ein ganz anderes Verständnis davon, wie man die freie Zeit verbringen könnte, als wir Erwachsenen. Einigen Eltern ist es zudem schlicht nicht immer möglich, ihre

Teenager angemessen zu unterstützen, weil sie zu wenig Zeit haben oder zu wenig gut Deutsch sprechen oder weil es an spezifischem Wissen fehlt, um sie zum Beispiel bei der Berufsfindung zu unterstützen. Mehr Lektionen ermöglichen eine bessere Unterstützung bei der Berufswahl. Sie ermöglichen auch eine bessere Vertiefung des Stoffes, den die Jugendlichen benötigen, um auf der Stufe Sek II den Anschluss zu finden. Mehr Lektionen kombiniert mit weniger Hausaufgaben bewirken ebenfalls, dass die Jugendlichen die verbleibende Zeit vorwiegend für ihre ausserschulischen Interessen nutzen können. Das gilt nicht nur für den dritten Zyklus, fällt dort jedoch besonders ins Gewicht, weil der Übergang in die Berufswelt ansteht.

Aus Sicht der EVP-Fraktion überwiegen somit die Vorteile der neuen Lektionentafel bei weitem. Diese ermöglicht den Ausbau der Chancengerechtigkeit. Es profitieren alle davon, nicht zuletzt auch die Lehrpersonen, die zum Beispiel dank des abteilungsweisen Unterrichts mehr Zeit für die einzelnen Schülerinnen und Schüler haben. Darüber werden wir im Rahmen der Spardebatte noch sprechen. Grossrätin Hebeisen hat es schon erwähnt. Es werden bestimmt alle zur Einsicht gelangen, dass wir die Massnahme streichen müssen, die den Ausbau des abteilungsweisen Unterrichts einschränken würde. Im Weiteren hat der Grosse Rat bereits die zusätzlichen Mittel für den Ausbau der Lektionentafel im Aufgaben-/Finanzplan eingestellt. Deshalb lehnt die EVP-Fraktion dieses Postulat einstimmig ab.

Katharina Baumann-Berger, Münsingen (EDU). Die Qualität und Ausgeglichenheit der Schulbildung sind uns wichtig. Die EDU-Fraktion bringt dem vorliegenden Anliegen trotzdem eine gewisse Sympathie entgegen. Die Qualität hat nämlich oft nicht viel mit der Quantität zu tun. Im Zusammenhang mit den Sparmassnahmen, die nach dieser Session nicht aufhören werden, finden wir diesen Vorstoss als Prüfungsauftrag durchaus unterstützenswert. Die EDU-Fraktion wird dieses Postulat unterstützen. Dazu kann ich mir folgende Anmerkung nicht verkneifen: Als EDU-Frau bin ich eine Familienfrau. Die vorherigen Aussagen empfand ich als etwas merkwürdig, denn ich habe es immer sehr geschätzt, mit meinen drei Jungs Hausaufgaben zu machen. Dies ist eine positive Sache für eine Familie und gehört dazu.

Roland Näf, Muri (SP). Ich versuche, auf diejenigen Aspekte einzutreten, die noch nicht diskutiert wurden, und Wiederholungen zu vermeiden. Ein grosser Teil der Argumente zielt darauf, dass dieses Postulat ein Rückkommen auf die Lehrplan-21-Diskussion wäre, was wir sicher nicht wollen. Ich möchte nun unter anderem den Begriff «Überschulung» aufnehmen. Ich bin persönlich davon überzeugt, dass uns dies nicht droht. Wenn wir schauen, welche Anforderungen die Betriebe an die Jugendlichen stellen, sehen wir, dass die Überschulung wohl die geringste Gefahr ist.

Dann möchte ich auf einen anderen Aspekt eingehen, der immer wieder genannt wird; auch Grossrat Vogt hat die Frage aufgeworfen, ob zusätzliche Lektionen tatsächlich etwas bringen. Er hat eine deutsche Studie erwähnt, die nachweist, dass zusätzliche Lektionen in Mathematik etwas bringen. Ich kenne diese Studie auch. Dazu möchte ich Folgendes sagen: Das Problem besteht nicht darin, dass in den anderen Fächern zu wenig effizient gearbeitet wird, sondern das Problem ist die Messbarkeit. Darüber hat man auch in der Forschung diskutiert. Es ist recht einfach, die Kompetenzen im Fach Mathematik zu testen und zu messen. In anderen Fächern ist dies nicht so einfach wie etwa bei einem 100m-Lauf oder einem Skirennen. Es ist wesentlich komplizierter. Ich möchte beispielsweise die Sprachfächer erwähnen: Nur schon die Sprachfähigkeit mit Kompetenzen zu beschreiben, ist sehr schwierig. Die Kompetenzen, die wir zum Beispiel brauchen, um hier vorne zu referieren, zu beschreiben und zu messen, ist ausgesprochen schwierig. Sie erinnern sich vielleicht auch an die Zeit, als Sie in der Schule Aufsätze schreiben mussten. Es ist effektiv so, dass zwei Lehrpersonen denselben Aufsatz anders beurteilen. Diese Leistung ist schlicht nicht messbar. Das ist die Schwierigkeit bei diesem Thema. Mehr Lektionen heisst aber auf jeden Fall mehr Training. Ich verweise hier sowohl auf den Spitzensport als auch auf die Musik. Es gibt eine Regel, die sowohl für Roger Federer wie für eine Spitzenmusikerin oder einen Spitzenmusiker gilt: Wenn Sie gut Geige spielen wollen, brauchen Sie dazu 10 000 Stunden Training. Wenn Sie in irgendeinem Bereich zur Spitze gehören wollen, beispielsweise im Tennis, dann müssen Sie 10 000 Stunden lang Tennis spielen. Liebe Kolleginnen und Kollegen: An der Schule werden fast zehn Fächer mit Hunderten von Disziplinen unterrichtet. Sie holen in jeder Disziplin mit mehr Lektionen mehr heraus. Das andere Problem ist die Messbarkeit, diese ist je nach dem schwierig.

Zum Schluss möchte ich noch auf andere Kompetenzen zu sprechen kommen, die aus meiner Sicht am wichtigsten sind, und die man leider auch nicht messen kann. Was die Betriebe von unseren Lernenden verlangen, sind Dinge wie Sozialkompetenz, Selbstkompetenz und Disziplin. Das trainieren

wir in der Schule. Vor dem Hintergrund der Digitalisierung werden diese Dinge in Zukunft entscheidend sein. Das Wissen wechselt ständig. Das können Sie nicht für die nächsten 30 Jahre in der Schule erwerben. Aber die Schlüsselkompetenzen müssen wir trainieren. Dafür brauchen die Schulen viele Stunden.

Zum Schluss möchte ich noch ein Plädoyer für starke Schulen abgeben: Die Schule ist die letzte Institution, in der die ganze Gesellschaft zusammenkommt und ein Gemeinschaftsgefühl entwickelt wird, welches für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig ist. Dort, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir nicht abbauen. Dem Einwand, die Schülerinnen und Schüler hätten dafür mehr Freizeit, möchte ich entgegnen: Was tun diese Kinder zu Hause, wenn sie keine Schule haben? Sie gamen oder kommunizieren via Facebook oder Instagram. Ich denke nicht, dass Grossrat Vogt diese Kompetenzen gemeint hat. Ich bitte Sie, dieses Postulat abzulehnen.

Corinne Schmidhauser, Interlaken (FDP). Bevor es wieder heisst, man spreche von Bildungsabbau, möchte ich ein paar Zahlen nennen: Gemäss den Zahlen, die uns zur Verfügung stehen, hat die ERZ im Jahr 2003 2,3 Mrd. Franken ausgegeben. 2016 waren es mindestens 2,7 Mrd. Franken. 2016 betrugen die Schülerzahlen je nach Lesart maximal 95 Prozent der Schülerzahlen von 2003. Wenn schon, sprechen wir somit von einem etwas weniger grossen Ausbau, und nicht von einem Abbau in der Bildung. Es ist noch nicht so lange her, dass wir die Lehrerlöhne erhöht haben. Diese sollen kontinuierlich ansteigen. Wir sprechen von 1,5 Prozent der Lohnsumme, die für den Lohnanstieg eingesetzt werden sollen, etwas, das die Arbeitnehmer in anderen Branchen auch sehr gerne annehmen würden. Wir stehen hinter dem Ausbau der Bildung, auch für die FDP ist dies keine Frage. Nur: Dieser Ausbau soll mass- und vor allem sinnvoll sein. Wie sinnvoll etwas ist, bemisst sich jedoch nicht nur nach dem, was die Lehrkräfte sagen. Die Lehrkräfte sind, in der Sprache der Wirtschaft gesagt, nicht die einzige Anspruchsgruppe. Es geht auch um die Schülerinnen und Schüler. Diese stehen im Zentrum der Ausbildung und müssen weiterkommen. Hier setze ich schon ein paar Fragezeichen. Schüler der 7. bis 9. Klasse haben heute 32 Lektionen obligatorischen Unterricht. Hinzu kommen die Freifächer. Neu sollen es 35 Lektionen sein. Das ergibt sicher einen zusätzlichen Nachmittag. Gleichzeitig sagt man, dass es mindestens einen freien Nachmittag brauche, und es sollen «vielfältige ausserschulische Aktivitäten ermöglicht werden». Daneben gibt es auch noch Freifächer. Meine Rechnung geht hier nicht auf.

Man bestraft damit die Falschen: Grossrat Näf hat vorhin die Sozial- und Selbstkompetenz erwähnt. Denjenigen, die ausserschulischen Aktivitäten nachgehen, die sich um die Berufswahl kümmern und die Schnupperlehren machen wollen, stehen die 35 Lektionen im Weg. Wenn diese vielen Lektionen tatsächlich während 39 Schulwochen unterrichtet werden, dann ist es zu viel. Wenn sie nicht regelmässig stattfinden sollten, wäre es ehrlicher, einen Pool zu schaffen und die Schulleiter entscheiden zu lassen, wo es eine Lektion mehr braucht, und wo weniger Lektionen ausreichen. Diese Flexibilisierung soll möglich werden. Das geht gut mit dem Lehrplan 21 zusammen; die Lektionszahl bestimmt der Kanton. Wir stehen fast alle hinter dem Lehrplan 21. Aber die Prüfung dieser Flexibilisierung soll der ERZ mit diesem Postulat ermöglicht werden. Dafür steht die FDP ein.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (glp). Ich erlaube mir, an das anzuknüpfen, was Corinne Schmidhauser am Schluss gesagt hat. Sie hat gesagt, sie wolle einen Pool schaffen, eine Flexibilisierung ermöglichen und den Schulleitern mehr Kompetenzen geben. Wenn dieses Postulat das fordern würde, könnten wir dem wohl zustimmen. Aber das Postulat fordert nicht das, was Grossrätin Schmidhauser gesagt hat. Es kommt einmal mehr ganz harmlos daher. Das letzte Mal, da wir von der FDP einen solchen harmlos aussehenden Vorstoss erhalten haben, trug dieser den Titel «Tagesschulen optimieren». Dahinter steckte dann eine deutliche Kürzung. Hier geht es im Kern um dasselbe. Dass Schüler junge Menschen sind, ist allen klar. Wenigstens heisst es nicht «Schüler sind auch Menschen». Es geht um eine Sparmassnahme bei der Bildung, insbesondere auch bei den Kleinsten. Dann wird noch auf eine Studie verwiesen. Es braucht keine Studie, die beweist, dass Zusatzlektionen einen zusätzlichen Nutzen haben. Sie haben höchstens einen abnehmenden Grenznutzen. Das sieht man auch, wenn man die Lektionentafeln der verschiedenen Kantone vergleicht. Schaffhausen schneidet besser ab in Mathematik als Bern. Dafür hat Schaffhausen auch fast ein Schuljahr mehr Mathematik. Das will man natürlich auch haben. Man äussert sich jedoch nicht dazu, welche Lektionen in welchen Fächern man nicht haben will. Weiter zitiert man nur die eine Studie. Eine andere Studie hat zum Beispiel bewiesen, dass Hausaufgaben vor allem bei den Kleinsten keinen nachhaltigen Lerneffekt haben. Wenn einzelne Eltern fast wie Lehrpersonen auftreten, kann dies einen Effekt haben, aber auf der Ebene des gesamten Schulsystems ist dieser

Effekt fast nicht vorhanden. Mir scheint, dass wir hier mit dem Lehrplan 21 in eine gute Richtung gehen. Das ist auch der Grund, warum die glp-Fraktion der FDP hier nicht folgen kann. Wenn Sie eine Flexibilisierung verlangen wollen, dann tun Sie dies, doch mit diesem Vorstoss verlangen Sie etwas anderes, dem wir nicht zustimmen können.

Präsidentin. Wir sind bei den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern angelangt.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP). Ich danke Grossrat Brönnimann, denn es ist praktisch, wenn man einen grossgewachsenen Vorredner hat, dann braucht man das Pult nicht zu verstellen. Das könnte man immer so handhaben.

Nun möchte ich mich zu ein paar Voten äussern. Ich bin etwas erstaunt über die Vorstellungen von Grossrat Näf, was die Freizeitgestaltung der Jugendlichen und Familien betrifft. Wenn es in unserer Gesellschaft so aussieht, dass den Familien und den Kindern nichts anderes mehr in den Sinn kommt, als sich auf Instagram zu tummeln und zu gamen, dann ist es wirklich nicht mehr gut. Ich stelle nicht in Abrede, dass es solche Situationen gibt. Abgesehen davon würde man sich etwa in den zusätzlichen Informatik-Lektionen auch auf Instagram tummeln. Somit hätte man einfach eine Verlagerung. Zu Madeleine Graf: Wegen HarmoS müssen wir diese zusätzlichen Lektionen nicht einführen. Auch den Lehrplan 21 müssten wir nicht einführen. Ich habe es auch schon erwähnt: Wesentliche Elemente der Harmonisierung werden mit dieser Übung nicht erreicht! Erstens zu den Fremdsprachen: Mein Patensohn wohnt im Kanton St. Gallen und wird demnächst in den Kanton Bern ziehen. Er wird ein Problem haben, weil er mit Englisch und nicht mit Französisch angefangen hat. Das wird auch mit dem neuen Lehrplan nicht harmonisiert. Zweitens sind auch die Zyklen nicht koordiniert. Es kann sehr wohl sein, dass ein Kind umzieht und in der alten Schule die Höhlenbewohner schon behandelt hat, doch am neuen Wohnort kommen diese erst später an die Reihe, so dass es dieses Thema zweimal behandelt. Diese Koordination findet letztendlich gar nicht statt.

Thomas Brönnimann hat die Frage angetönt: Wo ist das Minimum, wo ist das Maximum, und wo liegt das Optimum? Ich gehe davon aus, dass wir heute mit der Lektionenzahl übers Ziel hinauschiessen. Ich habe übrigens schon erste Reaktionen erhalten, auch von Lehrkräften. Diese sagen, es seien schon sehr viele Schulstunden, auch auf der Oberstufe. Zählt man die Freifächer hinzu, erreicht man gegen 40 Lektionen. Das ist schon eine Belastung. Um den Sport aufzugreifen, den Roland Näf genannt hat: Es gibt auch ein Übertraining. Man kann auch zu viel trainieren. Und wo bleibt dann der Freiraum für die erwähnten Aktivitäten? Wie sieht es mit dem Musikunterricht und dem Sport aus? Das wird schwierig. Werte Kolleginnen und Kollegen, fassen Sie sich ein Herz und sagen Sie Ja!

Präsidentin. Grossrat Krähenbühl bringt mich auf eine Idee: Wieso sprechen wir nicht der Grösse nach, dann braucht man weniger Strom für den Motor des Rednerpults und spart Zeit! (*Heiterkeit*) Doch wir bleiben bei unserem System und kommen zu den Einzelsprechern.

Sarah Gabi Schönenberger, Schwarzenburg (SP). Nun muss ich auch noch meinen Senf dazugeben. Als ich aus den Medien von diesem Vorstoss erfuhr, war ich schon etwas befremdet. Dieser Vorstoss kommt, wie schon erwähnt, unter dem Vorwand daher, die Schülerinnen und Schüler seien überlastet. Aber es geht den Autoren um etwas anderes: Es geht klar um das Sparen und um einen Bildungsabbau in der Volksschule nach dem Motto, wer genug Geld hat, kann ja eine Privatschule besuchen. So nicht! Der Kanton Bern braucht eine starke und qualitativ gute Volksschule. Das ist nicht verhandelbar. Wir im Grossen Rat sollten nicht wie auf einem Bazar auf die Schnelle alles um- oder abbauen. Das sage ich in Bezug auf die ganze Session. Ich denke auch an die Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Entlastungspaket 2018. Bleiben wir bitte seriös und seien wir kein Basar! Die neue Lektionentafel aus Kostengründen wieder zu reduzieren, geht nicht. Es sind nicht ökonomische, sondern pädagogische Ziele massgebend. Der Lehrplan 21 will mit diesem Ausbau die Schulqualität verbessern. Er wurde im Grossen Rat klar angenommen. Wir müssen ihn nun umsetzen. Es geht um Investitionen in die Bildung, in die Zukunft und in unsere Kinder und Grosskinder. Diese Investitionen zahlen sich aus.

Betreffend das Argument der Überlastung hoffe ich sehr, dass die zeitliche Belastung durch Hausaufgaben gemäss den Zielen des Lehrplans 21 auch wirklich spürbar reduziert werden kann im Vergleich zu heute. Das neue Hausaufgaben-Konzept muss unbedingt umgesetzt werden. Dies ist eine dringliche Notwendigkeit. Beziehen wir klar Position für unser Bildungssystem und den Lehrplan 21, und setzen wir nichts kurzfristig und leichtfertig aufs Spiel! Demzufolge bitte ich Sie, die-

sen Vorstoss in aller Klarheit abzulehnen. Es gibt hier nichts zu überprüfen, und der Vorstoss ist pädagogisch nicht vertretbar.

Michel Seiler, Trubschachen (Grüne). Wenn ich meine Enkelkinder frage, sind diese klar für eine Reduktion der Lektionenzahl. Sie gehen zahlreichen ausserschulischen Aktivitäten nach. Kinder brauchen für eine gesunde Entwicklung mehr Freiraum, mehr Zeit für Kreativität und Spontaneität und weniger Zeitstress. Die übrig gebliebenen Mittel könnten dort eingesetzt werden, wo sie aus pädagogischen Gründen gebraucht werden. Ich werde diesem Postulat zustimmen.

Ulrich Egger, Hünibach (SP). Es ist eine grosse Chance, wenn wir mit dem Lehrplan 21 endlich die Harmonisierung der Lehrpläne in der Schweiz angehen können. Es gibt ein paar Lektionen mehr, das kann man nicht abstreiten, und das kostet etwas. Doch diese Kosten sind es wert, nicht nur wegen der Harmonisierung der Lehrpläne, sondern auch, weil vorgesehen ist, die Schülerinnen und Schüler individueller zu betreuen, gerade in der Oberstufe im Hinblick auf die Berufswahl. Mit der Reduktion der Hausaufgaben, die teilweise durch diese individuell betreuten Lektionen möglich sein wird, wird die soziale Gerechtigkeit gestärkt, weil auch diejenigen Kinder gefördert werden, die zu Hause vielleicht nicht so viel Unterstützung erhalten. Auch bleiben die Freiräume für Sport, Musik und andere Hobbys erhalten. Ein freier Nachmittag bleibt, und die Hausaufgaben gehen zurück. Das ist doch ein starkes Argument dafür, dieses Vorhaben abzulehnen.

Reto Müller, Langenthal (SP). Meistens versuche ich zu verhindern, dass man merkt, dass ich einmal Lehrer war. Dies ist jedoch im Grossen Rat nicht immer möglich. Ich bin der Auffassung, dass man hier nicht aus persönlicher Betroffenheit sprechen soll, aber ich nerve mich heute zu sehr, weil ich den Eindruck habe, dass Sie an den Realitäten vorbeidebattieren. Ich höre, man könne Millionen sparen, wenn man Lektionen kürze. Das ist richtig. Wenn ich dann höre, wie Grossrat Vogt sagt, man solle dies doch im Hinblick auf weitere Sparpakete prüfen, dann haut mich das um. Ich habe während zwölf Jahren an einer Realschule unterrichtet. Dabei habe ich von Lehrmeisterinnen und Lehrmeistern gehört, dass die Lernenden zu wenig Wissen in Mathematik und Deutsch haben und generell zu wenig können. Wo sollen sie dieses Wissen erwerben? In der Freizeit? Dann habe ich auch von den Schülerinnen und Schülern Rückmeldungen erhalten. Diese hatten in der 9. Klasse 34 Lektionen Unterricht, und am Mittwoch- und Freitagnachmittag hatten sie schulfrei. Als sie dann ins Arbeitsleben eintraten, erlitten sie einen Schock, weil die Anforderungen im Betrieb viel höher waren. Auf einmal mussten sie von morgens bis abends im Betrieb arbeiten oder eine Mittelschule besuchen und am Abend noch Hausaufgaben erledigen. Ich wage zu behaupten, dass die Schülerinnen und Schüler viel zu wenige Unterrichtslektionen haben. Vielleicht teilen die jungen Gäste auf der Tribüne diese Einschätzung. Es wurde heute gefragt, ob diese Zusatzlektionen für die Schülerinnen und Schüler passen würden. Der Übertritt in die Stufe Sek II ist heute sehr hart. Man sieht dies auch dem Freizeitverhalten der Lernenden an. Meist hören sie in dieser Phase mit dem Sport auf. Die Anforderungen haben sich gewandelt; sie sind gestiegen. 65 Prozent der Schülerinnen und Schüler der Unterstufe werden dereinst einen Beruf ausüben, den man heute noch nicht kennt. Es geht somit um Kompetenzen. Es geht darum, unsere Kinder, die, wie richtig festgestellt wurde, junge Menschen sind, so vorzubereiten, dass sie dereinst im Leben bestehen können. Sie sollen in der Wirtschaft innovativ tätig sein und die vielfältigen Kompetenzen mitbringen, die es heute braucht. Bis Ende März werden wir wieder von allen Fraktionen hören, dass die Bildung unsere einzige Ressource und unser höchstes Gut sei. All denen, die heute erwägen, diesem Postulat zuzustimmen, möchte ich mit meinem neuen Brillen-Putztuch winken. *(Grossrat Müller winkt mit einem roten Brillen-Putztuch).*

Peter Gasser, Bévillard (PSA). Rassurez-vous, je ne vais pas faire long. En écoutant le débat, il y a quand même quelques éléments que je me dois de rectifier. Tout d'abord à propos des salaires, oui vous avez effectivement prévu sur ces prochaines années d'augmenter la masse salariale de 1,5 pour cent. Heureusement, je vous rappelle que nous étions derniers de classe dans ce domaine et qu'il s'agit aussi de pouvoir rattraper les retards d'une génération qui, elle a carrément perdu énormément. Je ne vais pas m'étendre, mais il fallait le rappeler. Deuxième chose, à propos de ce qui a été dit sur la formation professionnelle, je suis désolé, en tout cas dans notre école, n'importe quel élève qui a besoin de faire un stage, il peut y aller et il manque l'école. Donc il n'y a aucun problème pour la formation professionnelle, bien au contraire, je vous rappelle que l'école doit reprendre de plus en plus ce qui n'est justement pas fait à la maison. À propos du postulat qui rate sa cible, on

n'en a pas parlé, par contre au niveau du nombre de leçons, vous avez également l'air de méconnaître la situation des cantons romands. Dans les cantons romands, les études PISA ont mis en tête deux cantons, Fribourg et Valais, qui comme par hasard ont six mois d'école de plus que nous en partie obligatoire.

Enfin, concernant la coordination, je suis quand même assez soufflé d'entendre les propos de notre collègue de l'UDC qui laissait entendre que le Lehrplan 21 ne servait à rien du tout, vu que chacun continuait de faire ce qu'il voulait, c'est quand même fort de tabac! Je vous rappelle que, si effectivement certains cantons commencent l'anglais avant le français, ce sont en général des députés UDC ou des conseillers d'Etat UDC qui ont demandé cela et c'est bel et bien la première lance qui était rompue contre la coordination et l'uniformisation. Je vous rappelle que les francophones, eux, ont réussi à faire cela, ce serait peut-être le temps d'en prendre un peu de la graine.

Präsidentin. Nun hat Regierungspräsident Pulver das Wort.

Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor. Ich bitte Sie inständig, dieses Postulat abzulehnen. Der Lehrplan 21 wird am 1. August des nächsten Jahres in unserem Kanton eingeführt. Dieser Einführung ging eine breite Debatte über die zukünftige Lektionentafel voraus. Wir möchten uns, was die Lektionenzahl betrifft, im schweizerischen Mittel aufhalten. Mit der neuen Lektionentafel ist dies der Fall. Von einer Überschulung kann somit nicht die Rede sein, es sei denn, in der ganzen Schweiz würden die Jugendlichen überschult. Wir werden per 1. August 2018 zusätzliche Mathematik- und Deutsch-Lektionen sowie das Fach «Medien und Informatik» einführen. Man erwartet von uns, dass wir die Schülerinnen und Schüler gut auf das Berufsleben vorbereiten. Es wurde von Seiten der Berufsbildung immer wieder dringend gewünscht, die genannten Fachbereiche zu stärken. Ich möchte noch auf das hinweisen, was Reto Müller gesagt hat: Das Gelingen des Übergangs in die Sekundarstufe II ist für uns ein wichtiges Element. Es soll schon in der neunten Klasse spürbar sein, dass sich etwas ändert.

Wir haben die Lektionentafel sehr sorgfältig diskutiert. Dazu haben wir Hearings mit Lehrpersonen sowie eine Konsultation durchgeführt. Der Regierungsrat hat über diese Sache diskutiert. Auch wurde die Bildungskommission informiert. Sie haben im vergangenen November bei der Beratung des Budgets und des Finanzplans gewusst, was wir in Bezug auf die Lektionentafel zu tun gedenken. Das Thema wurde wirklich sehr breit diskutiert. Jetzt wieder über eine Reduktion der Lektionentafel zu diskutieren und zu sagen, der Regierungsrat solle diese im Rahmen eines nächsten Sparpakets erneut anschauen, wäre ein sehr gefährliches Signal. Die nächste Spardebatte wird ja kaum erst in 20 Jahren stattfinden. Bitte denken Sie daran: Am 4. März findet eine Volksabstimmung statt mit dem Titel «Lehrpläne vors Volk!». Diese hat zwar vor allem die Frage der Entscheidungskompetenz im Fokus, aber es wird auch sehr viel über den Lehrplan 21 diskutiert werden. Heute wird dieser Lehrplan sehr breit unterstützt, sowohl von den Lehrpersonen wie auch von den Gewerkschaften der Lehrerinnen und Lehrer. Wenn wir nun sagen, die Lektionentafel sei zwar sauber abgestützt, aber wir wollten sie, kaum sei sie eingeführt, wieder infrage stellen und vielleicht Lektionen streichen, dann würden wir im Hinblick auf diese Abstimmung ein sehr problematisches Signal aussenden. Selbstverständlich werden wir auch bei zukünftigen Sparmassnahmen immer wieder genau prüfen, ob es an einem Ort zu viele Lektionen hat. Aber zum jetzigen Zeitpunkt wäre es sehr ungünstig, das Signal auszusenden, dass diese Lektionentafel nur provisorisch sei und der Regierungsrat bereits mögliche Kürzungen prüfen solle. Ich bitte Sie deshalb im Namen des Regierungsrats, dieses Postulat abzulehnen.

Präsidentin. Nun hat der Motionär nochmals das Wort.

Hans Rudolf Vogt, Oberdiessbach (FDP). Ich danke Ihnen für diese umfangreiche Diskussion. Ich möchte klarstellen, dass die FDP-Fraktion die Einführung des Lehrplans 21 vorbehaltlos unterstützt. Dies hat mit diesem Vorstoss eigentlich nichts zu tun. Aber die Anpassung der Lektionenzahl sollte man mit Augenmass vornehmen. Auch hier gilt, dass weniger manchmal mehr ist. Es geht nicht um einen Abbau, sondern um einen geringeren Ausbau. Schlussendlich ist die Qualität der Lektionen entscheidend und nicht deren Anzahl. Ich bitte Sie darum, auf den grünen Knopf zu drücken.

Präsidentin. Dann drücken wir die Knöpfe. Es geht um ein Postulat. Wer dieses annimmt, stimmt Ja, wer es ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 25

Nein 113

Enthalten 7

Präsidentin. Sie haben das Postulat abgelehnt. Damit sind wir am Ende der Geschäfte der ERZ angelangt. Ich bedanke mich bei Regierungspräsident Pulver und wünsche ihm einen guten Appetit und einen schönen Nachmittag.